

LDK in Reutlingen am 8.12.2024

Gremium: LAG Wirtschaft, Finanzen und Soziales  
 Beschlussdatum: 09.11.2024  
 Tagesordnungspunkt: 0.LDK-V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Ein Leben in Freiheit – heute, morgen und übermorgen. Für uns und die
- 2 zukünftigen Generationen. Das möchten wir erreichen und sichern; dafür setzen
- 3 wir uns ein.
- 4 Ein Leben in Freiheit ist voraussetzungsvoll.
- 5 Es setzt
- 6 • funktionierende öffentliche Institutionen und Infrastruktur,
- 7 • eine starke und innovative Wirtschaft,
- 8 • funktionierende Ökosysteme, hohe Biodiversität und ein stabiles
- 9 Globalklima,
- 10 • funktionierende Daseinsvorsorge und soziale Sicherung sowie
- 11 • ein funktionierendes System der inneren und äußeren Sicherheit auf
- 12 nationaler und europäischer Ebene
- 13 voraus.
- 14 Diese Voraussetzungen sind vor allem durch die Klimakrise, das rasante
- 15 Artensterben, die veränderte Sicherheitslage in Europa und der Welt sowie
- 16 Veränderungen auf der weltwirtschaftlichen Ebene (Veränderungen der Bedeutung
- 17 und der Beziehungen zwischen den Wirtschaftsblöcken, Veränderung internationaler
- 18 Handels- und Finanzbeziehungen, partielle Rückkehr zum Protektionismus) unter
- 19 großen Druck geraten und gefährdet.
- 20 Wir fordern, dass die Sicherung der Freiheit – für uns und für die zukünftigen
- 21 Generationen – durch die Sicherung ihrer Voraussetzungen zur Leitlinie
- 22 politischer Entscheidungen wird. Und dass die notwendigen Anpassungen, die auch
- 23 erhebliche Investitionen verlangen, durch pragmatisches und entschlossenes
- 24 politisches Handeln umgesetzt werden.
- 25 **Wir fordern daher, auf drei Ebenen mehr Pragmatismus zu wagen:**
- 26 Auf der **regulatorischen Ebene** sind die Rahmenbedingungen an einem
- 27 funktionierenden Ökosystem, hoher Biodiversität und an einer Stabilisierung des
- 28 Globalklimas auszurichten. Staatliche Regulierungen sind außerdem so
- 29 auszugestalten, dass die Institutionen der öffentlichen Hand rasch und
- 30 reibungslos funktionieren und die öffentliche Daseinsvorsorge, soziale
- 31 Sicherheit, innere und äußere Sicherheit, eine funktionierende öffentliche
- 32 Infrastruktur sowie eine prosperierende privatwirtschaftliche Wertschöpfung
- 33 gewährleistet werden können.
- 34 Auf der **organisatorischen Ebene** sind einfachere, schnellere und digitalisierte
- 35 Prozesse und die Bündelung staatlicher Leistungen – orientiert an Effizienz,

36 Zielgenauigkeit und Bürgernähe der Leistungsgewährung – anzustreben. Nicht jeder  
 37 Einzelfall und nicht alles soll bis ins kleinste Detail vorgegeben werden, um  
 38 den administrativen Aufwand, der viele Ressourcen bindet, für alle Beteiligten  
 39 zu reduzieren. Wir wollen wieder stärker vertrauen – den Mitarbeitenden in den  
 40 Einrichtungen der öffentlichen Hand, in privatwirtschaftlichen Unternehmen und  
 41 in Organisationen der Zivilgesellschaft. Auch den Menschen in unserem Land, den  
 42 Bürgerinnen und Bürgern. Freiheit beruht auf Regeln und auf Vertrauen!

43 Auf der **finanziellen Ebene** benötigen Bund, Länder und Gemeinden größere  
 44 finanzpolitische Handlungsspielräume, damit die erforderlichen Anpassungen  
 45 gelingen und die anstehenden Aufgaben bewältigt werden können. Insbesondere, um  
 46 die erforderlichen Investitionen vorzunehmen, die in den vergangenen Jahren und  
 47 Jahrzehnten nicht erfolgt sind. Während im europäischen Durchschnitt seit 2000  
 48 jährlich rund 3,7% des BIP für staatliche Investitionen aufgewendet wurden,  
 49 waren es in Deutschland durchschnittlich 2,1% pro Jahr.<sup>[i]</sup> Wir haben in  
 50 Deutschland zu lange von der Substanz gelebt und die Folgen des  
 51 Investitionsstaus sind für uns alle deutlich sichtbar und spürbar!

## 52 **Öffentliche Haushalte stärken – Schuldenbremse reformieren;** 53 **neue investitionsorientierte Kreditregeln definieren**

54 Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form erlaubt dem Bund nur eine sehr geringe  
 55 Verschuldung (ca. 0,35% des BIP). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom  
 56 15.11.2023 hat den finanzpolitischen Spielraum des Bundes zudem weiter deutlich  
 57 eingeschränkt, da zuvor gängige Praktiken der Haushaltsführung nun nicht mehr  
 58 möglich sind. Insbesondere die vielfach kritisierte strenge Auslegung des  
 59 Prinzipes der Jährlichkeit engt den haushalterischen Spielraum deutlich ein und  
 60 verhindert eine nachhaltige Finanzpolitik, deren Haushaltspraxis und  
 61 Investitionsentscheidungen ja gerade eine mehrjährige Perspektive voraussetzen.  
 62 Auch das Land Baden-Württemberg hat laut Landesverfassung außerhalb von Notlagen  
 63 nur sehr begrenzte Möglichkeiten sich zu verschulden.

64 Wir fordern die Reform der bestehenden Schuldenbremse und die Definition neuer  
 65 Kreditregeln für unser Land. Mit dieser Forderung sind wir nicht alleine: Der  
 66 IWF, die OECD, der Sachverständigenrat und viele renommierte  
 67 Wirtschaftsforschungsinstitute fordern ebenfalls eine Reform und es liegen  
 68 konkrete Reformvorschläge vor.

69 Zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand sollen investitionsorientiert sein;  
 70 wir brauchen mehr öffentliche und private Investitionen. Neue, daran orientierte  
 71 Kreditregeln ermöglichen einerseits zukunftsorientierte staatliche  
 72 Investitionen<sup>[ii]</sup>, die durch die Schuldenbremse in ihrer Wirkung als  
 73 „Investitionsbremse“ bislang verhindert wurden. Sie ermöglichen andererseits,  
 74 gezielt private Investitionen in Industrie, Handel und Handwerk zu fördern, die  
 75 erforderlich sind, um den Transformationsprozess zu bewältigen – auch in  
 76 mittelständischen Unternehmen, die für den Wirtschaftsstandort Deutschland von  
 77 großer Bedeutung sind. In der Privatwirtschaft werden Leistungen erbracht, die  
 78 außerhalb der staatlichen Kernaufgaben liegen, aber ebenfalls für die Versorgung

79 der Menschen bedeutend sind. Ihre Wertschöpfung ist die Grundlage für unseren  
80 Wohlstand und sichert die wirtschaftliche Stabilität des Landes.

81 Ergänzend besteht auch im Rahmen der gegenwärtigen Schuldenbremse die  
82 Möglichkeit, öffentliche Unternehmen mit Kapital (Eigen- oder Fremdkapital)  
83 auszustatten, um konkrete Investitionsprojekte – insbesondere  
84 Infrastrukturprojekte – haushaltsneutral zu finanzieren (sogenannte Finanz-  
85 Transaktionskomponente). Auf der Bundesebene ist dies jüngst bei der DB InfraGo  
86 geschehen. Diese Möglichkeit hat auch das Land Baden-Württemberg.

87 Wir fordern, dass bei dringenden Investitionsvorhaben diese  
88 Finanzierungsmöglichkeit auf der Bundes- und Landesebene geprüft wird, wobei die  
89 Folgekosten für die Instandhaltung der geschaffenen Infrastruktur bei der  
90 Berechnung der Finanzbedarfe berücksichtigt werden. Diese Möglichkeit, bereits  
91 jetzt konkrete Infrastrukturprojekte haushaltsneutral zu finanzieren, steht der  
92 notwendigen Reform der Schuldenbremse nicht entgegen, sondern trägt ergänzend  
93 zur Stärkung der öffentlichen Haushalte bei.

94 Auch eine Überprüfung bestehender Ausgaben und der Ausgabenstruktur auf allen  
95 Ebenen halten wir für erforderlich; sie ist absolut zu befürworten. Bei einer  
96 Überprüfung bestehender Ausgaben darf es nicht primär um einen „sozialen  
97 Rotstift“ gehen: Sozialausgaben und notwendige Investitionen sollen nicht  
98 gegeneinander ausgespielt werden. Außerdem ist es die Aufgabe einer nachhaltigen  
99 Finanzpolitik, auch bestehende Subventionen zu hinterfragen und wenn nötig zu  
100 streichen.

101 Finanzpolitik ist kein Selbstzweck; der Einsatz öffentlicher Mittel dient dazu,  
102 die ökologischen, institutionellen, infrastrukturellen, sozialen,  
103 sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen unserer Freiheit zu  
104 sichern. Wir können dabei heute bereits erkennen, dass die Kosten  
105 erforderlicher, aber unterlassener Investitionen deutlich gestiegen sind und  
106 weiter steigen werden. Wir wollen diese Hypothek der nachholenden Bewältigung  
107 erforderlicher Aufgaben nicht den zukünftigen Generationen aufbürden.

## 108 **Einrichtung eines Investitions- und Zukunftsfonds für Bund,** 109 **Länder und Kommunen**

110 Der Think Tank „Dezernat Zukunft“ beispielsweise beziffert den zusätzlichen  
111 Finanzbedarf aller Gebietskörperschaften in Deutschland für den Zeitraum 2025  
112 bis 2030 in den Bereichen Bildung, Dekarbonisierung, Digitalisierung, Forschung,  
113 Gesundheit, Verkehr, Wohnen, innere Sicherheit, Klimaanpassung, wirtschaftliche  
114 Resilienz, Verteidigung und sonstige äußere Sicherheit auf rund 780 Mrd. Euro –  
115 darunter ca. 420 Mrd. Euro für Investitionen (Erhalt und Neuinvestitionen). Ohne  
116 Berücksichtigung der Kosten für die Dekarbonisierung geht der BDI von einem  
117 Finanzbedarf von knapp 380 Mrd. Euro aus; IMK/IW sprechen von einem Finanzbedarf  
118 in Höhe von gut 580 Mrd. Euro. Der Finanzbedarf insgesamt besteht laut Dezernat  
119 Zukunft zu ca. 50% auf der Ebene des Bundes, zu ca. 20% auf der Ebene der  
120 Bundesländer und zu ca. 30% auf der Ebene der Kommunen.[\[iii\]](#)

121 Wir fordern, dass die Reform der Schuldenbremse auf Bundesebene auch die  
 122 finanziellen Spielräume der Länder und Kommunen berücksichtigt und erweitert:  
 123 Durch die Einrichtung eines Zukunfts- und Investitionsfonds sollen dem Bund, den  
 124 Ländern und den Kommunen Mittel für notwendige Investitionen zur Verfügung  
 125 gestellt werden. Unsere Forderung korrespondiert mit dem Vorschlag der  
 126 Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die in Leipzig einen  
 127 vielversprechenden Beschluss „Für einen wirtschaftlichen Aufbruch und ein  
 128 modernes Land, das einfach funktioniert“ vorgelegt hat.<sup>[iv]</sup> Der Fonds soll aus  
 129 Mitteln, die durch die Reform der Schuldenbremse freigesetzt werden, finanziert  
 130 werden. Sowohl der Umfang des Zukunfts- und Investitionsfonds als auch die  
 131 Verteilung der eingestellten Mittel auf die Gebietskörperschaften sollen unter  
 132 Einbeziehung aller staatlichen Ebenen festgelegt werden.

133 Die Behebung des Investitionsstaus fordert alle Gebietskörperschaften heraus.  
 134 Bund, Länder und Gemeinden – auch uns in Baden-Württemberg. Obwohl wir unter  
 135 grüner Führung und einem grün geführten Finanzministerium in den vergangenen  
 136 Jahren eine solide, nachhaltige und zukunftsichere Finanzpolitik gemacht haben:  
 137 die Spielräume werden auch in unserem Bundesland kleiner. Alleine der Erhalt der  
 138 bestehenden Infrastruktur wird mit hohen Ausgaben verbunden sein. Und im Bereich  
 139 der Bildung haben wir einiges vor. In Baden-Württemberg sollen aus dem  
 140 Investitions- und Zukunftsfond, der auf der Basis neuer Kreditregeln auf  
 141 Bundesebene gebildet wird, Mittel für Investitionen insbesondere in den  
 142 Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung, Infrastruktur und Bildung  
 143 bereitgestellt werden.

144 Neue Kreditregeln sind eine wesentliche Voraussetzung, um auch den zukünftigen  
 145 Generationen ein Leben in Freiheit und Wohlstand in einem modernen,  
 146 funktionierenden und zukunftsfähigen Baden-Württemberg zu ermöglichen. Sie sind  
 147 eine wesentliche Voraussetzung für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand in  
 148 Deutschland und – aufgrund der Stellung Deutschlands in Europa – auch in  
 149 Europa.<sup>[v]</sup>

150 ----

151 <sup>[i]</sup>[https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/7/beitrag/chronischer-](https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/7/beitrag/chronischer-investitionsmangel-eine-deutsche-krankheit.html/)  
 152 [investitionsmangel-eine-deutsche-krankheit.html/](https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/7/beitrag/chronischer-investitionsmangel-eine-deutsche-krankheit.html/)

153 <sup>[ii]</sup> Unter Investitionen verstehen wir Ausgaben, die im Kapitalstock des Staates  
 154 bzw. der jeweiligen Gebietskörperschaft die Vermögenswerte erhöhen.  
 155 Investitionen schaffen Vermögen.

156 <sup>[iii]</sup>[https://dezernatzukunft.org/was-kostet-eine-sichere-lebenswerte-und-](https://dezernatzukunft.org/was-kostet-eine-sichere-lebenswerte-und-nachhaltige-zukunft/)  
 157 [nachhaltige-zukunft/](https://dezernatzukunft.org/was-kostet-eine-sichere-lebenswerte-und-nachhaltige-zukunft/)

158 <sup>[iv]</sup>[https://www.gruene-](https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/Fraktionsbeschluss_Investitionen.pdf/)  
 159 [bundestag.de/files/beschluesse/Fraktionsbeschluss\\_Investitionen.pdf/](https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/Fraktionsbeschluss_Investitionen.pdf/)

160 <sup>[v]</sup> Über die Forderung neuer Kreditregeln in Deutschland hinausgehend: Mario  
 161 Draghi hat in seinem Report den Bedarf an Investitionen in der Europäischen  
 162 Union – ca. 800 Mrd. jährlich – zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der EU  
 163 aufgezeigt. Die europäischen Fiskalregeln stehen in vielen Ländern den

164 erforderlichen Investitionen entgegen. Wir plädieren dafür, die europäischen  
165 Fiskalregeln von der Bruttobetrachtung zur Nettoschuldenbetrachtung, bei der nur  
166 jene Schulden berücksichtigt werden, denen keine staatlichen Vermögenswerte  
167 gegenüberstehen, umzustellen. Damit würden viele europäische Länder die  
168 Möglichkeit bekommen, die Investitionen zu tätigen, die erforderlich sind, um  
169 Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Freiheit in der EU zu sichern. In Ländern  
170 wie dem Vereinigten Königreich oder Neuseeland ist diese Nettoquote bereits ein  
171 zentraler Indikator, der auch von Eurostat und dem IWF verwendet wird.

## Begründung

Erfolgt mündlich.